

Literatur

Davies, Betty: Siblings' Understanding and perspectives. In: Grollman, Earl A. (ed.): Bereaved children and teens: A support guide for parents and professionals. Boston 1995

Ennulat, Gertrud: Kinder trauern anders. Wie wir sie einfühlsam und richtig begleiten. Freiburg im Breisgau 2003

Fleck-Bohauemilitzky, Christine; Fleck, Christian: Wenn Kinder vor ihren Eltern sterben. Ein Begleiter für verwaiste Eltern. Stuttgart 2008

Franz, Margit: Tabuthema Trauerarbeit. Kinder begleiten bei Abschied, Verlust und Tod. München 2008

Kast, Verena: Vorwort. In: Lewis, Clive S.: Über die Trauer. Ein Begleiter für schwere Stunden. Frankfurt am Main/Leipzig 1999, S. 9-23

Leist, Marielene: Kinder begegnen dem Tod. Gütersloh 1987

Ritter, Mechthild: Wenn ein Kind stirbt. Ein Begleiter für trauernde Eltern und Geschwister. Stuttgart 2003

Silverman, Phyllis Rolfe: Never too young to know. Death in children's lives. New York/Oxford 2000

Specht-Tomann, Monika; Tropper, Doris: Zeit zu trauern. Kinder und Erwachsene verstehen und begleiten. Düsseldorf 2001

Specht-Tomann, Monika; Tropper, Doris: Wir nehmen jetzt Abschied. Kinder und Jugendliche begegnen Sterben und Tod. Ostfildern 2011

Stroebe, Margaret: The Dual Process Model: Latest Thinking. St Christopher's Hospice. Handout vom Vortrag am 16.2.2011, p. 3

Stroebe, Margaret; Schut, Henk: The Dual Process Model of Coping with Bereavement: Overview and Update In: Grief Matters: The Australian Journal of Grief and Bereavement, Autumn 2008 / vol. 11 no. 1: A special edition published for the 8th International Conference on Grief and Bereavement in contemporary society; editor: Christopher Hall, Clayton 2008 (pp. 4-9)

Volkan, Vamik D.; Zintl, Elisabeth: Wege der Trauer. Leben mit Tod und Verlust. Gießen 2000

Voss-Eiser, Mechthild: Einführung. Wenn Kinder trauern. Die Situation der Geschwister. Wie Kinder überleben. Faktoren der Geschwistertrauer. Was Kinder brauchen. Bedürfnisse und Hilfen. In: Baßler, Margit; Schins, Marie-Thérèse (Hrsg.): „Warum gerade mein Bruder?“ Trauer um ein Geschwister. Erfahrungen Berichte Hilfen. Reinbek 1992

Wells, Rosemary: Helping children cope with grief. Facing a death in the family. London 2007

Wiese, Anja: Um Kinder trauern. Eltern und Geschwister begegnen dem Tod. Gütersloh 2001

Worden, J.W.: Grief counseling and grief therapy: A handbook for the mental health practitioner. New York 1991

ALLGEMEIN

Spendenrückgang im 1. Halbjahr 2011. Die Spendeneinnahmen sind laut dem Spenden-Index des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) im 1. Halbjahr 2011 ohne Berücksichtigung der besonderen Katastrophenspenden um 1,3% gesunken. Einschließlich der jeweiligen Katastrophenspenden sanken die Geldspenden der Organisationen in den ersten sechs Monaten sogar um 19%, das heißt von 627 Mio. Euro auf 508 Mio. Euro. Für die Opfer des Erdbebens in Haiti kamen im Frühjahr 2010 230 Mio. Euro zusammen, für die Flutopfer in Pakistan (Sommer 2010) 200 Mio. Euro. Zugunsten der Menschen in Japan (März 2011) spendeten die Deutschen hingegen „nur“ 72 Mio. Euro und für die noch immer andauernde Hungerkatastrophe in Ostafrika bisher 170 Mio. Euro. Als wichtige Entscheidungshilfe hat das DZI seine Internetseite www.dzi.de neu gestaltet und erweitert. Auskünfte zu allen 263 Organisationen mit DZI Spenden-Siegel und vielen anderen Organisationen können dort kostenlos abgerufen werden, auch in der Rubrik „Das DZI rät ab“ mit negativen Einschätzungen zu zahlreichen Organisationen. *Quelle: Pressemitteilung des DZI vom 19.12.2011*

Demography report 2010. Older, more numerous and diverse Europeans. Hrsg. Europäische Kommission. Eigenverlag. Luxemburg 2011, 168 S., kostenlos *DZI-E-0062*

Dieser dritte der seit dem Jahr 2007 erscheinenden europäischen Demografie-Berichte bietet einen Einblick in die demografischen Strukturen in der Europäischen Union und ermöglicht internationale Vergleiche hinsichtlich von Parametern wie Fertilität, Lebenserwartung, Frauenerwerbstätigkeit, Familienpolitik sowie Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsalterung. Neben spezifischen Länderprofilen enthält der Bericht aktuelle Informationen zu den Migrationsbewegungen innerhalb der und in die Europäische Union, wobei auch der dahingehende Einfluss der gegenwärtigen Rezession untersucht wird. Die Publikation ist nur in englischer Sprache und in gedruckter Form erhältlich. Bestellschrift: Publications Office of the European Union, 2 rue Mercier, 2985 Luxembourg, Luxembourg.

SOZIALES

Schwerbeschädigte müssen Rundfunkgebühren zahlen. Nach dem zum 1.1.2013 in Kraft tretenden Rundfunkgebührenstaatsvertrag werden auch Schwerbeschädigte mit dem Merkzeichen RF verpflichtet, die neue Gebühr in Höhe von monatlich 17,98 zu einem Drittel zu bezahlen. Bisher waren Menschen, die aufgrund ihrer Seh- oder Hörbehinderung nicht in der Lage waren, an öffentlichen Kulturveranstaltungen teilzunehmen, von der Gebührenpflicht befreit. *Quelle: SoVD-Zeitung Nr. 1/2012*

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II. Hrsg. Arbeitslosenprojekt TuWas. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2011, 768 S., EUR 16,- *DZI-E-0034*

Das im Zuge der Sozialgesetzgebung am 1.1.2005 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch (SGB II) regelt die staatlichen Transferleistungen für arbeitslose Menschen, wobei die zuvor gewährte, einkommensabhängige Arbeitslosenhilfe nach SGB III durch das Arbeitslosengeld II ersetzt wurde. Wer seine juristischen Kenntnisse auf den neuesten Stand bringen möchte, findet in dieser aktualisierten, achten Auflage des Rechtsratgebers sämtliche Gesetzesnovellen seit dem Jahr 2010, wie beispielsweise das Bildungspaket für sozial benachteiligte Kinder, die Anrechnung von Einkommen Selbstständiger, die Verschärfungen bei der Darlehensvergabe und Neuerungen zum Krankenversicherungsrecht. Darüber hinaus enthält die Veröffentlichung, wie gewohnt, Informationen zu den Leistungsvoraussetzungen, zur Zumutbarkeit, zum Wohngeld, zum Kinderzuschlag und zur Eingliederungshilfe. Arbeitssuchenden sowie Fachkräften in den Arbeitsagenturen eröffnet der Leitfaden eine differenzierte Dokumentation der gegenwärtigen Rechtslage. Bestellanschrift: Fachhochschulverlag, Kleiststraße 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-28 20, E-Mail: bestellung@fhverlag.de

Fortsetzung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde von Experten bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag im Dezember 2011 einstimmig als nützliche Grundlage für Entscheidungen in der Sozialpolitik gesehen und sollte nach deren Empfehlung fortgesetzt werden. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke fordern, die Datenbasis für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu ändern und den Fokus auf die Analyse der Kosten sozialer Ungleichheit zu legen. Auch sei die pauschale Festlegung des Armutsbegriffs bei der Unterschreitung eines Einkommens von 60% des Durchschnittseinkommens nicht sinnvoll, denn wirklich benachteiligte Gruppen würden in solch einer Betrachtung nicht sichtbar und Maßnahmen zur Abhilfe könnten nicht eingeleitet werden. Einig waren sich die Expertinnen und Experten in der Frage, dass es bisher nicht gelungen sei, Reichtum für die Berichterstattung eindeutig zu definieren, da es keinen Konsens darüber gebe, wann Reichtum im Sinne der Berichterstattung problematisch sei und wann nicht. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestages vom 12.12.2011*

GESUNDHEIT

Dekubitus vermeiden. Mit der Initiative „Menschen pflegen“ will das rheinland-pfälzische Sozialministerium eine qualitativ hochwertige Betreuung und Pflege sichern, sowohl ambulant wie auch stationär. Der Landespflegeausschuss Rheinland-Pfalz hat als Partner des Ministeri-

ums die „Initiative Dekubitus“ gegründet, die Pflegenden über eine Website mit vielfältigen Informationen rund um das Thema Dekubitus unterstützt. Hier sollen besonders pflegende Angehörige angesprochen und über die Zusammenhänge der Dekubitusentstehung und -vermeidung beraten werden. Die drei Ratgeber „Dekubitus“ und weitere Informationen stehen zum Download unter www.menschen-pflegen.de, Rubrik Pflege/Dekubitus bereit. Die Ratgeber können über die E-Mailadresse bestellservice@msagd.rlp.de oder per Post bei Melanie Fray, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz bestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 2.1.2012*

eHealth Conference 2010. Dokumentation der Veranstaltung vom 14. und 15. September 2010 in Hannover. Hrsg. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG). Köln 2011, 185 S., kostenlos *DZI-E-0041*

Als Diskussionsforum für Kostenträger, Leistungserbringende, Patientenvertreterinnen und -vertreter sowie Fachkräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft, Industrie und Politik fand im vergangenen Jahr die sechste eHealth Conference statt. Das zentrale Anliegen des vom Bundesgesundheitsministerium in Kooperation mit der GVG und dem Niedersächsischen Gesundheitsministerium organisierten Kongresses bestand darin, Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik in der medizinischen Versorgung aus unterschiedlichen Perspektiven vorzustellen und die Akzeptanz für die Telematik zu erhöhen. Wer sich für deren Nutzung interessiert, findet in diesem Tagungsband die Dokumentation von Plenumsbeiträgen, Podiumsdiskussionen und Präsentationen sowie Berichte über Implementierungsbeispiele aus anderen europäischen Staaten. Bestellanschrift: GVG, Hansaring 43, 50670 Köln, Tel.: 02 21/91 28 67-0, E-Mail: info@gvg.org

Ambulante neuropsychologische Therapie wird Kassenleistung. Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat beschlossen, die neuropsychologische Therapie in den ambulanten Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufzunehmen. Eine neuropsychologische Therapie war bislang nur im akutstationären Rahmen und in der stationären Rehabilitation möglich. Für 40 000 bis 60 000 Patienten und Patientinnen mit erworbenen hirnorganischen Erkrankungen – beispielsweise nach einem Schädel-Hirn-Trauma oder einem Schlaganfall – war diese Versorgung bisher unzureichend, da sie auch im Anschluss an den stationären Aufenthalt oft noch Störungen aufwies. Betroffene Patienten und Patientinnen können sich zukünftig beispielsweise von approbierten Psychologischen Psychotherapeuten und -therapeutinnen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und -therapeutinnen, die über eine entsprechende Weiterbildung verfügen,

ambulant behandeln lassen. Vorgesehen sind pro Patient beziehungsweise Patientin 60 Behandlungen von 50 Minuten Dauer, in Einzelfällen können weitere 20 Behandlungseinheiten genehmigt werden. *Quelle: medhochzwei Newsletter vom 21.12.2011*

Zehn Jahre Alzheimer-Telefon. Seit dem Start des Beratungstelefon der Deutschen Alzheimer Gesellschaft wurden mehr als 58 000 Anfragen beantwortet. Zwei Drittel der Anrufenden sind Angehörige, doch auch Professionelle, ehrenamtlich Tätige, Menschen, die Sorge haben an Demenz erkrankt zu sein, melden sich. In Deutschland leben etwa 1,2 Millionen Menschen mit Demenzerkrankungen, zirka 60% davon leiden an Alzheimer. Ihre Zahl wird bis 2050 voraussichtlich auf 2,6 Mio. steigen, sofern kein Durchbruch in der Therapie gelingt. Das Alzheimer-Telefon ist von Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 15 Uhr unter der Telefonnummer 01803-171017 (9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz) sowie 030-259 37 95 14 zu erreichen. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 12.1.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Familienausschuss bestätigt Kürzungen für Jugendprogramme. Die geplanten Kürzungen bei der Förderung aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ werden entgegen einem Antrag der Opposition nicht zurückgenommen. Für die Jahre 2011 bis 2013 müssten mindestens 112 Millionen Euro aus ESF-Mitteln bereit gestellt werden, um das derzeitige Niveau zu halten; dieses wird jedoch nicht erreicht. Die Programme zielen auf die Senkung der Schulabbrecherquote und leisten einen Beitrag zur Jugendsozialarbeit. Durch die geplanten Mittelkürzungen werden zahlreiche Programmstandorte wegfallen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 14.12.2011*

Nextvision. Bausteine für eine jugendgerechte Zukunft. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2011, 119 S., EUR 10,- *DZI-D-9494* Im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 setzten sich die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Niedersachsen damit auseinander, wie sich die Gesellschaft im kommenden Jahrzehnt verändern könnte. Das Interesse galt der Zukunft von Jugendarbeit und Bildung sowie den Themen Umwelt, Partizipation, Migration und Transkulturalität, Glück und Persönlichkeit, soziale und globale Gerechtigkeit. Die in dieser Publikation zusammengefassten Ergebnisse präsentieren „Bausteine für eine jugendgerechte Zukunft“ mit Perspektiven, Herausforderungen und Vorschlägen für eine jugendfreundliche Gesellschaft. Einzelne Fachbeiträge befassen sich mit den Handlungsoptionen für die Jugendarbeit in der digitalen Gesellschaft, mit der genderreflexiven Subjektorien-

1.-2.3.2012 Eichstätt. Fachtagung Sozialinformatik. Information: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Fakultät Soziale Arbeit, Frau Anita Mittermeier-Breitner, Kapuzinergasse 2, 85072 Eichstätt, Tel.: 08 421/93 16 73, E-Mail: anita.breitner@ku-eichstaett.de

7.3.-9.3.2012 Berlin. Internationaler Fachkongress Sozialmanagement und Sozialwirtschaft: Sozialmanagement des Kindes- und Jugendalters. Information: Prof. Dr. Michael Brodowski, Alice Salomon Hochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/99 245-209, E-Mail: brodowski@ash-berlin.eu

9.-10.3.2012 Berlin. 17. Kongress Armut und Gesundheit. „Prävention wirkt!“. Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg, Kongress Armut und Gesundheit, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90 73, E-Mail: kongress@gesundheitberlin.de

12.-14.3.2012 Osnabrück. 23. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE): Erziehungswissenschaftliche Grenzgänge. Information: Universität Osnabrück, Institut für Erziehungswissenschaft, Heger-Tor-Wall 9, 49069 Osnabrück, Internet: www.dgfe 2012.de

14.-15.3.2012 Bochum. CareDate – DER PFLEGEKONGRESS 2012. Information: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover, Tel.: 05 11/85 50 24 13, E-Mail: sabine.scholz@schluetersche.de

16.3.2012 Basel. Fachforum: „Ich bin wie du“: Sexualitätsbezogene Begleitung von Menschen mit Handicap. Information: Institut für Sexualpädagogik, Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund, Tel.: 02 31/14 44 22, E-Mail@isp-dortmund.de

19.-20.3.2012 Berlin. Seminar: Kommunale Beteiligungskultur – Konsequenzen für die lernende Verwaltung. Information: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Frau Ina Kaube, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 001-259, E-Mail: kaube@difu.de

21.-22.3.2012 Berlin. 98. Wissenschaftliche Jahrestagung: Therapie der Zukunft – Zukunft der Therapie. Information: Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe e.V., Wilhelmshöher Allee 273, 34131 Kassel, Tel.: 05 61/77 93 51, E-Mail: buss@suchthilfe.de

30.3.2012 Saarlouis-Roden. Fachtagung: Integrative Validation. Wut aus Angst – Angst aus Wut. Information: Demenz-Verein Saarlouis e.V., Ludwigstraße 5, 66740 Saarlouis, Tel.: 06 831/48 81 80, E-Mail: sekretariat@demenz-saarlouis.de

tierung und dem aus den Shell Jugendstudien abgeleiteten Pragmatismus und Optimismus der 12- bis 25-Jährigen. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., ZeiBstraße 13, 30519 Hannover, Tel.: 05 11/519 45 10, E-Mail: info@ljr.de

Bildung und Teilhabe für benachteiligte Kinder.

Mit dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket wird Kindern in einkommensschwachen Familien die Möglichkeit gegeben, Lern- und Freizeitangebote in Anspruch zu nehmen. Die Leistungen sind in mehreren Gesetzen und dort teilweise unterschiedlich geregelt. Zur Auslegung einer Vielzahl von Rechtsfragen hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. erste Empfehlungen herausgegeben. Diese sollen der Praxis dabei helfen, die Vorschriften zum Bildungs- und Teilhabepaket zügig und praktikabel umzusetzen. Die neuen Leistungen gibt es nicht nur für junge Menschen, die Grundsicherung oder Sozialhilfe erhalten. Auch Familien, die einen Kinderzuschuss nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten und Kinder in Familien mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können das Bildungs- und Teilhabepaket nutzen. Die ausführliche Empfehlung ist im Internet unter der URL http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/sgb-xii-sozialhilfe/Leistungen_fuer_Bildung_und_Teilhabe_Erste_Empfehlungen_zur_Auslegung_der_neuen_Regelungen_im_SGB_2_und_12_sowie_im_Bundeskindergeldgesetz erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins vom 14.12.2011*

Bundesfamilienministerium startet eigene App.

Mit einer App für das iPhone und das iPad erweitert das Familienministerium sein Informationsangebot und unterstützt damit Familien im Alltag mit praktischen Informationen für die Zeit rund um die Geburt ihres Kindes. Die App bietet vielerlei Informationen und Checklisten zu den Kategorien Gesundheit und Ernährung, Rechte und Leistungen sowie Entwicklung und Alltag. Die App ist unter der URL www.bmfsfj.de/app-erste-schritte zu finden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 19.12.2011*

Heimerziehung im Evangelischen Johannesstift zwischen 1945 und 1970.

Von Helmut Bräutigam. Hrsg. Evangelisches Johannesstift. Selbstverlag. Berlin 2011, 93 S., EUR 5,- *DZI-E-0007*
Das im Jahr 1858 von Johann Hinrich Wichern gegründete Evangelische Johannesstift widmet sich an Standorten in Berlin und Brandenburg der Hilfe für Kinder, Jugendliche sowie für ältere oder behinderte Menschen. Im Zuge der seit dem Jahr 2006 einsetzenden Aufarbeitung der deutschen Heimgeschichte reflektiert auch diese Einrichtung seit Längerem ihre Vergangenheit und präsentiert mit dieser im Oktober 2009 vom Vorstand des Stifts in Auftrag gegebenen Studie die bisher vorliegenden Ergebnisse unter besonderer Berücksichtigung der

Rolle der körperlichen Züchtigung. Auch Themen wie Kinderarbeit, sexueller Missbrauch und die häufig unzureichende Qualifikation des Heimpersonals finden Erwähnung. Auf der Grundlage von zeitgenössischem schriftlichem Material beschränkt sich die Untersuchung auf Häuser für nicht behinderte Kinder und Jugendliche wie dem heute nicht mehr existierenden Kinderheim Jungborn, dem Lehrlingsheim Ulmenhof, der Heimschule, dem Birkenhof und dem Kleinkinderheim Neue Erde. Bestellanschrift: Evangelisches Johannesstift, Schönwalder Allee 26, 13587 Berlin, Tel.: 030/336 09-0, E-Mail: info@evangelisches-johannesstift.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Hessisches Sozialministerium kritisiert Ausbildungspläne.

Die EU-Kommission plant, dass Krankenpflegerinnen und -pfleger sowie Hebammen im EU-Ausland künftig nur noch dann automatisch in ihrem Beruf anerkannt werden, wenn die Zulassung zu den entsprechenden Berufsausbildungen eine zwölfjährige allgemeine Schulbildung voraussetzt. Das Hessische Sozialministerium schreibt in einem Brief an die EU-Kommission, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein Fachkräftemangel in diesem Bereich erkennbar ist und die Anhebung der Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung in pflegenden Berufen zur Verschärfung des Engpasses führen wird. Bislang ist in Deutschland eine zehnjährige Schulbildung zur Berufsausbildung in der Krankenpflege ausreichend. *Quelle: Newsletter des Hessischen Sozialministeriums vom 16.12.2011*

Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015.

Hrsg. Europäische Kommission. Selbstverlag. Luxemburg 2011, 40 S., kostenlos *DZI-E-0081*
Die in dieser Broschüre beschriebene Strategie der Europäischen Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern greift die in der Frauen-Charta vom März 2010 definierten Bereiche auf und erläutert die für den Zeitraum von 2010 bis 2015 geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Stellung von Frauen und ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt. Vorgesehen sind Leitaktionen mit dem Ergebnis, die in der Strategie 2020 festgelegte Beschäftigungsquote von 75% zu erreichen, das Lohngefälle zu beseitigen und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Darüber hinaus enthält das Konzept Initiativen zur Eindämmung von Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen sowie zur Gleichstellung in der EU-Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit. Statistische Daten und Umfrageergebnisse ergänzen die genannten Inhalte. Bestellung im Internet unter <http://ec.europa.eu>